CHRISTOPH HOFINGER/GÜNTHER OGRIS

Achtung, *gender gap*! Geschlecht und Wahlverhalten 1979-1995

1. Einleitung

Wenn Frauen und Männer 1995 in Österreich ihre jeweils eigenen Parlamente zu wählen gehabt hätten, sähen diese ziemlich unterschiedlich aus: In einer nur von Frauen gewählten Volksvertretung brächten es SPÖ, LIF und Grüne zusammen auf 99 Mandate, es käme also fiktiv eine knapp 54prozentige „Ampel"-Mehrheit zustande. Im Männerparlament gäbe es dagegen eine schwarz-blaue Majorität von 102 Mandaten, also fast 56 % (*Tabelle 1*).

Tabelle 1: Verteilung der Mandate bei den Nationalratswahlen 1995 unter der hypothetischen Annahme von reinen Frauen- und Männerparlamenten

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne	Summe
Von Frauen gewähltes Parlament	73	49	35	15	11	183
Von Männern gewähltes Parlament	64	52	50	9	8	183
Tatsächliches Ergebnis	*71*	*53*	*40*	*10*	*9*	*183*

Quelle: IFES-Telefonumfrage November/Dezember 1995, n = 4000.

Das ist in der Tat ein ausgeprägter *gender gap*, eine Geschlechterkluft. Im internationalen Kontext (vgl. Abschnitt 2) ist sie durchaus bemerkenswert, und auch aus historischer Perspektive (vgl. Abschnitt 3) ist sie ungewohnt tief, allerdings nur für die Nachkriegszeit. In Relation zu anderen Faktoren des Wahlverhaltens (vgl. Abschnitt 4) ist Geschlecht zwar nicht die wichtigste, aber mittlerweile eine seit einiger Zeit an Bedeutung *stark* zunehmende Determinante.

2. Internationaler Überblick

In Europa schienen Frauen über einige Jahrzehnte stets „more conservative in their electoral behaviour than men" (*Harrop*/*Miller* 1987, 205), vor allem noch in den 60er Jahren. Gerade in der BRD war der Unterschied beträchtlich (vgl. *Hofmann-Göttig* 1986). Unter den Frauen gab es bis einschließlich zur Wahl von 1969 deutlich mehr CDU/CSU-Anhänger(innen) als unter Männern. Die ebensowenig schmeichelhafte wie empirisch fundierte Begründung für das vergleichsweise konservative Wahlverhalten von Frauen (reportiert, aber nicht vertreten z.B. bei *Bürklin* 1988, 89) behilft sich mit einer „traditionell höheren Autoritätsfixierung" der Frauen. Von 1949 bis 1969 war die CDU/CSU an der Macht, und Frauen würden eben mehr als Männer dazu neigen, durch Regierungstätigkeit legitimierten Parteien ihre Stimme zu geben. Dieser konservative *Überhang* verschwand erst im Jahre 1972, als die SPD bereits drei Jahre an der Spitze der kleinen Koalition im Amt war und nunmehr auch kraft dieser Autorität für Frauen in gleichem Maße wählbar wurde wie für Männer.

Diese *scheinbare* Konservativismus-Neigung von Frauen war aber wahrscheinlich hauptsächlich durch soziodemographische Besonderheiten - wie den höheren Anteil älterer Frauen in den Nachkriegsjahrzehnten - bedingt. Eine Kontrolle für mehrere soziodemographische Einflußgrößen in ihrem Effekt auf das Wahlverhalten förderte rasch stichhaltige Argumente „wider die These vom besonderen Wahlverhalten der Frau“ (*Liepelt*/*Riemenschnitter* 1973) zutage. *Falter*/*Schumann* (1990) wiesen nach, daß in der BRD „das Geschlecht auch schon 1953 und 1969 statistisch nur marginal“ zur Erklärung des Wahlverhaltens beiträgt; auch 1972 und 1987 ist die zusätzliche Erklärungsleistung „gleich Null“ bzw. „praktisch inexistent“ (*Falter*/*Schumann* 1990, 118), wenn zuvor andere Einflußgrößen (wie Konfession, Alter und Bildung) im Modell implementiert werden.

In den 70er Jahren setzte nun, zumindest an der Oberfläche, ein „Trend der Homogenisierung des Wahlverhaltens bei Männern und Frauen“ (*Bürklin* 1988, 88) ein, nicht nur in der BRD: „In most countries, gender differences are declining“, konstatieren *Harrop*/*Miller* (1987, 205). Die Gründe sind wahrscheinlich vorwiegend demographisch, nämlich einerseits das langsame Verschwinden kriegsbedingter *Asymmetrien* in der Geschlechts- und Alterspyramide, sowie andererseits die sozioökonomische Rollenangleichung der Geschlechter (wie sie sich beispielsweise in der steigenden Erwerbsquote von Frauen manifestiert). Der Suche nach geschlechtsspezifischen Unterschieden hat das jedoch keinen Abbruch getan. So wird in den USA mittlerweile einige Mühe in das Aufspüren von Teilgruppen mit *gender*-bedingten Asymmetrien investiert (z.B. für die spanisch sprechende Minderheit *Welch*/*Sigelman* 1992).

Differenzen wurden dann auch oft weniger im Wahlverhalten selbst als bei den möglichen *Motiven* für Wahlentscheidungen aufgespürt. So haben Untersuchungen in den USA Unterschiede in der Perzeption ökonomischer Sachverhalte und in den jeweiligen Konsequenzen für das Wahlverhalten konstatiert (*Welch*/*Hibbing* 1992). Frauen reagieren demnach bei der Wahrnehmung sozioökonomischer Tatsachen mehr *soziotrop*: Wenn die gesamte wirtschaftliche Lage der Nation aus ihrer Sicht zu wünschen übrig läßt, neigen sie (im Sinne des *retrospective voting*, vgl. *Fiorina* 1981) zur „Bestrafung“ des dafür verantwortlichen Kandidaten durch Wechsel zur Gegenpartei, bzw. zur „Belohnung“ eines erfolgreichen Präsidenten. Ähnliches gilt auch für US-amerikanische Männer, nur wird als entscheidender Faktor weniger deren Einschätzung der *generellen* Lage, sondern mehr die Beurteilung der *persönlichen* Situation angegeben. Dieser Unterschied bestehe auch zwischen berufstätigen Frauen und Männern mit vergleichbarer sozioökonomischer Lage.

Immer wieder zeigte sich eine starke Wechselwirkung der Variable Geschlecht mit anderen soziodemographischen Variablen. *Chapman* (1985) wies für Großbritannien nach, daß Geschiedene und Getrennte beiderlei Geschlechts gegenüber (noch) Verheirateten eine Art Linksruck vollziehen, Frauen allerdings stärker als Männer. Die Wechselwirkung zwischen Mann und Frau wurde schließlich noch im Mikrokontext analysiert: Untersuchungen in Großbritannien (*De Graaf*/*Heath* 1992) versuchten nachzuweisen, daß abhängig von der Klassenlage je nach Geschlecht unterschiedliche Einflüsse des (Ehe-)Partners auf das Wahlverhalten zu beobachten sind. In der *petty bourgeoisie* gibt es beim Wahlverhalten angeblich eine Art männliche Dominanz in Partnerschaften; Frauen in Arbeiterberufen wählen allerdings - so wie Männer - relativ unbeeinflußt von der Klassenlage des Partners.

3. Historischer Überblick

3.1. Frauen als Rückhalt christlichsozialer Wahlerfolge - die Zwischenkriegszeit

Daß Frauen anders wählen als Männer, ist in Österreich seit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts der Normalzustand. Auch die Zwischenkriegszeit war von starken geschlechtsspezifischen Differenzen geprägt, mit einer gewichtigen Parallele, aber auch einem fundamentalen Unterschied zur Gegenwart. Die Parallele zu heute ist die Skepsis der österreichischen Frauen gegenüber extremistischen Parteien: Sowohl NSDAP als auch KPÖ waren zwischen den Weltkriegen eindeutig männerdominiert.[1] Der Unterschied zu heute ist, daß die Frauen bei den Nationalratswahlen zwischen 1919 und 1930 wesentlich „konservativer" als die Männer wählten, d.h. stets in höherem Ausmaß für die christlichsozialen Parteien votierten (*Tabelle 2*).[2]

Tabelle 2: Aufteilung von Männer- und Frauenstimmen bei den Nationalratswahlen 1920, 1927 und 1930

1920	Christlichsoziale	Sozialdemokraten	Sonstige	Summe
Frauen	46,4	31,1	22,5	100
Männer	37,3	37,0	25,7	100
Gesamt	42,0	34,0	24,0	100

1927	Christlichsoziale	Sozialdemokraten	Sonstige	Summe
Frauen	51,8	39,9	8,3	100
Männer	44,3	44,9	10,8	100
Gesamt	48,2	42,3	9,5	100

1930	Christlichsoziale	Sozialdemokraten	Sonstige	Summe
Frauen	39,3	39,3	21,4	100
Männer	31,6	43,2	25,3	100
Gesamt	35,7	41,1	23,2	100

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, abgedruckt in *Stiefbold* et al. 1966; eigene Berechnungen.

Die bürgerlichen Parteien haben einen bemerkenswerten Frauenüberschuß, der den demographischen bei weitem übersteigt, während die Sozialdemokraten eine vergleichsweise maskuline Anhängerschaft aufweisen (*Tabelle 3*).

---

[1] Jedoch ist die Radikalismusskepsis von Frauen *kein* Naturgesetz: Bei den letzten freien Wahlen vor 1945 in Österreich, den Innsbrucker Gemeinderats-Ergänzungswahlen im April 1933, standen die Frauen den Männern in puncto Rechtsextremismus um nichts nach: Sowohl Männer als auch Frauen votierten zu mehr als 40 % für die NSDAP.

[2] Bei den Nationalratswahlen von 1927 und 1930 sowie teilweise bei den Wahlen von 1920 gab es für Männer und Frauen unterschiedliche Stimmzettel, sodaß die amtlichen Ergebnisse auch exakt in Männer- und Frauen-Stimmen aufteilbar sind. Für die übrigen Wahlen (1919 und 1923) gibt es nur amtliche Angaben über die Wahlbeteiligung der Geschlechter. (Vgl. *Stiefbold* et al. 1966; für die Verfügungstellung von umfangreichem Material danken wir *Niko Hofinger*, Innsbruck.)

Tabelle 3: Frauenanteile in der Parteianhängerschaft von Christlichsozialen und Sozialdemokraten bei den Nationalratswahlen 1920, 1927 und 1930

	Christlichsoziale	Sozialdemokraten
1920	56,8	47,0
1927	56,1	49,3
1930	58,2	50,5

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, abgedruckt in *Stiefbold* et al. 1966; eigene Berechnungen.

Über die Gründe für diesen nicht gerade kleinen Unterschied sind nur Mutmaßungen möglich. Für Statistiker recht *spekulativ* räsonnierten damals die Datenerfasser des Statistischen Zentralamts in ihren Berichten darüber,

> *„ob diese Erscheinung auf das von der* [christlichsozialen, Anm.d.Verf.] *Partei vertretene Programm, insbesondere die kulturpolitischen Forderungen nach dem Schutz der Religion, der Ehe, der sittlich-religiösen Erziehung, ob auf wirtschaftliche Erwägung wie Erwartung einer Besserung der Ernährungsverhältnisse durch die auch in ländlich-bäuerlichen Kreisen verankerte Partei zurückzuführen ist, ob sie als Erfolg einer festeren Organisation, intensiveren Wahlvorbereitung und Agitation unter der weiblichen Wählerschaft u.dgl. anzusehen ist oder auf irgend einem anderen Umstand beruht.“*[3]

Da wir aus dieser Zeit über keine Umfragematerialien verfügen, entzieht sich dieser Erklärungsansatz der empirischen Überprüfung.

3.2. Angleichung und Differenzierung - von den 70er Jahren bis heute

Unser Wissen über geschlechtsspezifisches Wahlverhalten bis zur Mitte der 70er Jahre ist relativ dürftig. Jedenfalls dürfte auch nach 1945 das Wahlverhalten von Männern und Frauen *nicht* völlig uniform gewesen sein: Sehr wahrscheinlich bestand in Österreich ähnlich wie in der BRD unter Frauen ein leichter bürgerlicher Bias, der sich erst Ende Anfang der 70er Jahre „ausbügelte“. Bei der Wahl von 1975 schlug das Pendel kurzfristig sogar ein wenig in die Gegenrichtung aus: Wahrscheinlich nicht zuletzt wegen ihres Eintretens für die Fristenlösung konnte die SPÖ bei den Frauen erhebliche Gewinne verbuchen, während sie bei den Männern an die ÖVP verlor. Damals entfielen rund 55 % der gültigen Frauenstimmen auf die SPÖ, aber nur 49 % der Männer-Stimmen (*Blecha* 1976). Die ÖVP wählten dagegen rund 44 % der Männer, jedoch nur 40 % der Frauen. Die SPÖ punktete bei diesen Wahlen vor allem bei Pensionistinnen und Jungwählerinnen.

Diese spektakuläre *Verschiebung* ist insofern bemerkenswert, als die Wahl von 1975 an der Oberfläche durch ein hohes Maß an Stabilität gekennzeichnet schien: Die Summe der Prozent-Veränderungen aller Parteien betrug gerade 0,76 % - es gibt wahrscheinlich keine andere freie Wahl in der Geschichte westlicher Demokratien, bei der so wenig manifeste Verschiebungen zu beobachten waren. *Latent* hat sich aber offensichtlich doch einiges ereignet: Bis zum vorigen Wahlzeitpunkt (1971) war die ÖVP noch jene Partei gewesen, die tendenziell bei den Frauen mehr Erfolg verbuchen

[3] Österreichisches Statistisches Zentralamt: Amtliche Wahlstatistik, zit. n. *Stiefbold* et al. 1966.

konnte als die SPÖ. Dieser Einschnitt bei der Wahl von 1975 ist vergleichbar mit den Bundestagswahlen in der BRD von 1972, wo sich eine langjährige Geschlechterkluft durch eine starke Tendenz der Frauen zur Sozialdemokratie schloß (vgl. Abschnitt 2). In Österreich war der Trend so stark, daß sich das traditionelle Muster - Frauen wählen eher konservativ - sogar umgedreht hat.

Gegen Ende der 70er Jahre entsprach der Frauenanteil sämtlicher Parteien ungefähr dem Frauenanteil in der Gesamtbevölkerung.[4] Selbst die vergleichsweise Männer-dominierte FPÖ hatte noch gleich viel weibliche und männliche Wähler. Anfang der 80er Jahre schien dann in Österreich - zumindest auf den ersten Blick - so etwas wie geschlechtsspezifisches Wahlverhalten nicht mehr vorhanden zu sein. Bis 1983 war die Verteilung der Geschlechter in den einzelnen Parteien nur geringfügig von deren Verhältnis im gesamten Elektorat verschieden: Jede Partei hatte einen geringen Frauenüberschuß, also das, was demographisch zu erwarten war.

Diese *Einmütigkeit* zwischen den Österreicherinnen und Österreichern geriet jedoch ab 1986 ins Wanken und wurde sukzessive von einer nach Geschlecht beinahe gespaltenen Parteienlandschaft abgelöst. Zwei Gründe sind für diese Polarisierung ausschlaggebend:

- Dem neuen rechtspopulistischen Kurs der FPÖ folgten wesentlich mehr Wähler als Wählerinnen, und
- die Attraktivität der neuen urbanen postmaterialistisch-linkslibertären Parteien Grüne und LIF wurde (erst mit der Zeit!) für Frauen mit der Zeit größer als für Männer.

So zeigte die eben erst stabilisierte Kongruenz zwischen männlichem und weiblichem Wahlverhalten ab 1986 wieder deutliche *Brüche*. Während in vielen anderen Ländern Europas geschlechtsspezifische Unterschiede zu verschwinden scheinen (*Harrop*/*Miller* 1987, 205), treten sie in Österreich nun erst richtig auf den Plan. Und zwar nicht nur als kurze Irritation des politischen Systems, sondern als bemerkenswert ausgeprägte Komponente, die bis heute nicht nur anhält, sondern sich auch noch deutlich *verstärkt* hat.

Tabelle 4: Frauenanteile der Parteien 1979 bis 1995

	SPÖ	*ÖVP*	*FPÖ*	*LIF*	*Grüne*	N

[4] Die Prozentangaben beruhen auf Jahres-Datensätzen (politisches Fragenprogramm aus den monatlichen persönlichen Mehrthemenumfragen [MTU]) des IFES der Jahre 1979, 1982, 1986, 1990 und 1994 mit jeweils zwischen 12.000 und 20.000 Befragten zur Verfügung. Betreffend 1986 wurden für diesen Beitrag allerdings nur die Datensätze der zweiten Jahreshälfte ausgewertet, da der Bruch der kleinen Koalition und die Machtübernahme Jörg Haiders an der Spitze der FPÖ zu starken Irritationen in der politischen Landschaft geführt hat. Die Datensätze von September bis Dezember geben wahrscheinlich am ehesten über die für die Wahlentscheidung am 23. November 1986 relevanten Einflußfaktoren Aufschluß.
Für 1994 erfolgte ebenfalls eine Beschränkung auf November und Dezember (also unmittelbar nach der Wahl am 9. Oktober), da die Befragungen im Sommer zu stark von den Ereignissen um die EU-Abstimmung vom 12. Juni geprägt scheinen.
Die Datengrundlage für 1995 bilden IFES-Telefonumfragen mit 4.000 Befragten von November/Dezember 1995.
Für das Wahljahr 1983 standen keine konsistenten Daten zu Verfügung. Da die Dynamik in der österreichischen Parteienlandschaft damals allerdings noch vergleichsweise gering war, dürften sich die Unterschiede zu den verfügbaren Daten von 1982 in Grenzen halten.

1979	54	53	51			12.000
1982	54	54	52			17.000
1986	55	53	47		51	4.000
1990	54	54	46		52	20.000
1994	56	55	43	58	55	4.000
1995	54	50	42	62	61	4.000

Quelle: IFES-MTU, politisches Fragenprogramm 1979-1994, IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995.

1986 vermochte die FPÖ in ungefähr gleichem Maße Wähler von den Großparteien abzuziehen. Die SPÖ verlor ca. 120.000 Wähler an die FPÖ, von der ÖVP wechselten sogar 140.000 zu den Freiheitlichen (vgl. *Hofinger* 1994a, 127). Den größten Erfolg konnte die FPÖ damals bei männlichen Jungwählern (bis 29 Jahre) verbuchen. Das ist auch die Gruppe, wo die SPÖ den größten Einbruch erlitt: Ihr Wähleranteil bei den männlichen Unter-29jährigen sank von 43 auf 33 Prozent. Erstmals seit langer Zeit wies mit der FPÖ nun wieder eine Partei in ihrer Wählerschaft mehr Männer als Frauen auf, und zwar im Verhältnis 53 zu 47 Prozent (*Tabelle 4*).
Der Trend zu unterschiedlichen Attraktivitäten der Parteien für die Geschlechter setzte sich im Jahre 1990 noch fort, wo der Frauenanteil der FPÖ um einen Prozentpunkt auf den bis dorthin tiefsten Stand von 46 Prozent fiel. Der Frauenanteil bei den Großparteien blieb damals nahezu unverändert. Bei den Grünen „normalisierte“ sich der vorher eher niedrige Frauenanteil bei 52 Prozent.

3.3. Das Jahr 1993: Ausländervolksbegehren und Gründung des Liberalen Forums

Einschneidende Folgen zeitigten die Ereignisse um das sogenannte „Ausländer-Volksbegehren“ (offiziell etwas euphemistisch als „Österreich zuerst“ bezeichnet) der FPÖ im zu Beginn des Jahres 1993. Dieses brachte der FPÖ wenig neue Sympathisanten, trug ihr aber einige Verluste ein - und zwar vor allem im *weiblichen* Teil ihrer Anhängerschaft. Der ohnehin geringe Frauenanteil von 46 % im Jahre 1990 sank in der ersten Jahreshälfte 1993 (laut IFES-MTU) teilweise bis unter 35 %. Die FPÖ hat damals zumindest zeitweise die Unterstützung eines beachtlichen Teils ihrer weiblichen Wählerschaft verloren.

Längerfristig bedeutsamer war eine mittelbare Folge des Ausländer-Volksbegehrens, nämlich die Gründung des Liberalen Forums (LIF) im Februar 1993. Ungewöhnlich war in diesem Zusammenhang nicht nur der Modus der Gründung - fünf Abgeordnete zum Nationalrat verließen den Klub der FPÖ, um fortan im Nationalrat eine eigene Fraktion zu bilden -, neu war auch der Umstand, daß die Parteigründerin und -vorsitzende eine Frau war. Von Anbeginn wurde deswegen mit einem verstärkten Zustrom von Frauen zum Liberalen Forum gerechnet. Diese Vermutung bestätigte sich zunächst bei den ersten Wahlen, bei denen das Liberale Forum als eigenständige Gruppierung um Stimmen warb, nämlich bei den niederösterreichischen Landtagswahlen 1993: Der Frauenanteil unter den Wählern des Liberalen Forums dürfte ca. 60 % betragen haben (*Plasser*/*Sommer*/*Ulram* 1994, 211). Auf Bundesebene setzte sich diese verstärkte Anziehungskraft jedoch zunächst nicht fort, im Gegenteil: Die Anhängerschaft des Liberalen Forums bestand bis zur Jahresmitte 1994

mehrheitlich (zu ca. 53 bis 54 %) aus Männern - von einer „Frauenpartei“ konnte daher keine Rede sein.
Bei den Nationalratswahlen 1994 und 1995 profilierte sich das Liberale Forum zwar dann doch als Partei mit einer starken Anziehungskraft gegenüber Frauen - der weibliche Anteil in der Anhängerschaft stieg auf 58 % und sogar 62 % -, interessanterweise erwies sich aber (im Gegensatz etwa zu den Grünen) bei Kontrolle für andere Variablen der Einfluß des Faktors Geschlecht auf die Wahlentscheidung für das Liberale Forum als äußerst gering (siehe Abschnitt 4).

3.4. Weibliche Euroskepsis: Die EU-Abstimmung

Am 12. Juni 1994 waren die Österreicherinnen und Österreicher dazu aufgerufen, über einen Beitritt zur *Europäischen Union* zu entscheiden. Insgesamt stimmten 66,6 % der Wahlberechtigten mit „Ja“. Die vorhandenen Umfragen[5] zeigen deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter: Die Männer stimmten zu rund 70 % für einen Beitritt, die Frauen nur zu 63 % (*Tabelle 5*).

Tabelle 5: Abstimmungsverhalten beim EU-Referendum vom 12. Juni 1994 nach Geschlecht

	JA	*NEIN*
Männer	70	30
Frauen	63	37

Quelle: IFES-Telefonumfragen April bis Juni 1994, N = 2400.

Diese Kluft ist bei manchen Wählergruppen noch um einiges größer - am weitesten bei den Jungwählern, wo die Befürwortungsrate bei den Frauen um knapp 11 % unter der der Männer lag (56 % Ja-Stimmen bei den weiblichen im Vergleich zu 67 % Ja-Stimmen bei den männlichen Unter-30jährigen). Eine *multiple Regression* kann Aufschluß über das Zusammenwirken mehrerer Faktoren in der Abstimmungsfrage geben.[6] Als unabhängige (= Erklärungs-) Variablen wurden Bildung, Alter, Berufstätigkeit, Parteipräferenz für eine der Regierungsparteien (SPÖ/ÖVP) und Geschlecht herangezogen. Das Modell ergibt einen multiplen Regressionskoeffizienten von 0,29. Als signifikant erweisen sich Parteipräferenz für SPÖ/ÖVP, Geschlecht und Berufstätigkeit (*Tabelle 6*). Etwas überraschend fällt das Alter bei einer Kontrolle der anderen Variablen nicht ins Gewicht. (Im Durchschnitt waren jüngere Wähler ja um einiges EU-skeptischer als ältere.)

Das Faktum, ob der/die Befragte einer der Regierungsparteien zugeneigt ist, spielt jedenfalls die weitaus größte Rolle. An zweiter Stelle rangiert das Geschlecht, immerhin signifikanter als Berufstätigkeit. Die EU-Abstimmung war die bis dato die ausgeprägteste Erscheinung eines *differenten* Wahlverhaltens von Frauen in der Nachkriegszeit in Österreich.[7] Die Skepsis von Frauen gegenüber einem EU-Beitritt

---

[5] Die IFES-Daten zeigen hohe Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen, vgl. z.B. *Plasser/Ulram* 1994, 97, sowie *Plasser/Ulram* 1995a, 344.

[6] Sinnvoll wäre natürlich auch ein Pfadmodell, das die indirekten Effekte der Variablen Bildung, Berufstätigkeit, Alter und Geschlecht über die vermittelnde Größe Parteipräferenz ebenso abbildet wie die direkten Effekte dieser Variablen auf die Abstimmungsfrage.

[7] Bei der ersten und vor der EU-Abstimmung einzigen freien Volksabstimmung in Österreich, dem Entscheid über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf im Jahr 1978, könnte der

liegt dabei im internationalen Trend: Auch bei anderen Beitrittsabstimmungen war dieses Phänomen zu beobachten (vgl. *Kaiser* et al. 1995).

Tabelle 6: Der kombinierte Einfluß verschiedener Faktoren auf die Entscheidung, bei der EU-Abstimmung mit „Ja“ zu stimmen (multiple Regression; die Zahlen in der linken Spalte sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

Variable	Beta	Signifikanz
Wähler von SPÖ/ÖVP	26	,00
Geschlecht	11	,00
Berufstätigkeit	10	,00
Bildung	-03	,19
Alter	-01	,66

Quelle: IFES-Telefonumfragen, März-Juni 1994, N = 2400.

4. 1995 - die Kluft wird größer

4.1. Die nicht mehr kleinen Unterschiede im Detail

Bei den Wahlen vom 17. Dezember 1995 votierten Frauen überdurchschnittlich für SPÖ, Grüne und Liberales Forum und unterdurchschnittlich für die FPÖ (*Tabelle 7*).

Tabelle 7: Prozentanteile der Parteien bei Frauen und Männern

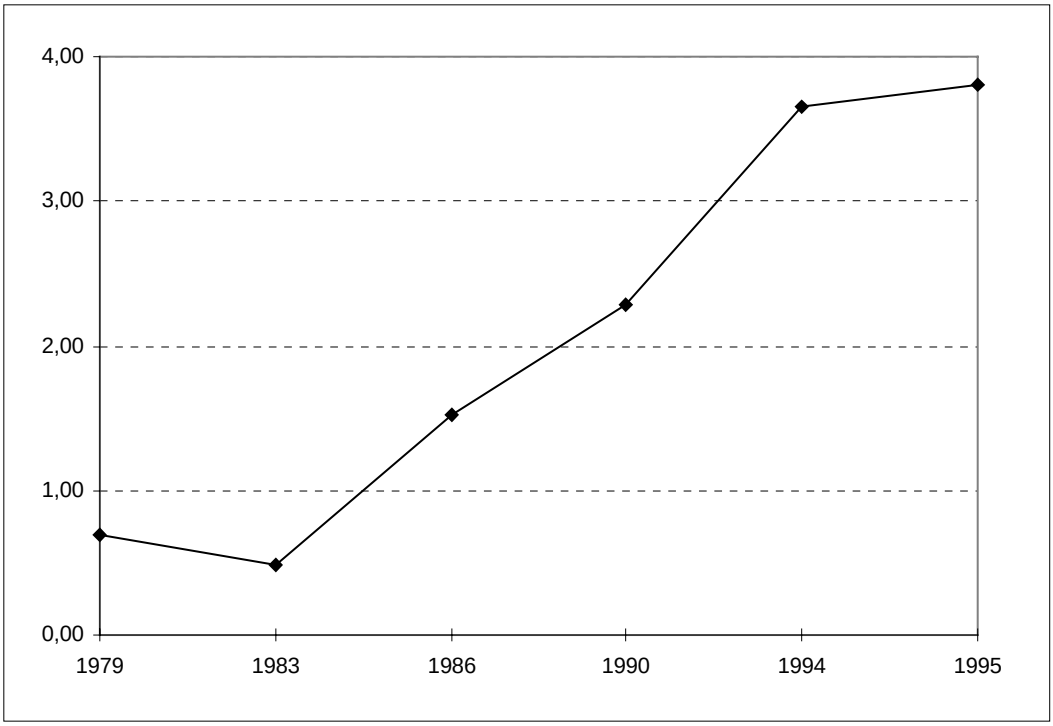
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Frauen	40	27	19	8	6
Männer	35	28	27	5	4
Prozentpunkt-Differenz	5	-1	-8	3	2

Quelle: IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995, N = 4000.

Wenn wir die durchschnittliche absolute Prozentpunkt-Differenz, also (5+1+8+2+3)/5 als Maß für die Geschlechterasymmetrie in der österreichischen Wählerlandschaft nehmen, erhalten wir einen Wert von 3,8. Dies ist der höchste Wert seit 1979 (*Abbildung 1*).

Abbildung 1: Geschlechterasymmetrie bei den österreichischen Nationalratswahlen 1979-1995 (durchschnittliche absolute Prozentpunkt-Differenz)

Faktor Geschlecht auch eine Rolle gespielt haben. Mangels verfügbarer Daten handelt es sich hierbei aber um reine Spekulation.



Quelle: IFES-Datensätze 1979-1995.

Die Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Wahlverhalten werden in einigen Teilgruppen noch wesentlich größer. Bei den jungen Frauen in der Bildungsschicht ist die SPÖ stärkste Partei und die FPÖ die schwächste, hier gibt es eine Zwei-Drittel-Mehrheit für SPÖ+Güne+LIF (*Tabelle 8*). Die jungen Männer aus der Bildungsschicht wählen eindeutig konservativer als gleichaltrige Frauen mit Matura bzw. Universitätsabschluß.
Bei den älteren Frauen mit Matura kann man die Verankerung im traditionellen Bildungsbürgertum noch teilweise erkennen, allerdings haben Liberale und Grüne hier bereits deutlich Fuß gefaßt. Die ÖVP hält bei männlichen Maturanten/Akademikern ab 45 Jahren immerhin noch 44 % der Stimmen; die Wahlabsicht für das LIF ist hier merkbar geringer, und die Grünen scheinen derzeit für die ältere männliche Bildungsschicht gänzlich unattraktiv.

Tabelle 8: Prozentanteile der Parteien bei Frauen und Männern *mit Matura* nach Alter

mit Matura/ Hochschulabschluß	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Frauen unter 45	30	22	13	18	17
Männer unter 45	23	30	17	18	13
Frauen ab 45	18	26	24	19	13
Männer ab 45	23	44	24	8	1

Quelle: IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995.

Ältere Frauen ohne Matura zählen zu den wichtigsten Kernschichten der SPÖ (*Tabelle 9*). Bei jungen Frauen dieser Gruppe ist dagegen die ÖVP deutlich vor den Sozialdemokraten. Bei den jungen Männern ohne Matura ist der Anteil der FPÖ-Wähler doppelt so hoch wie bei den jungen Frauen. Die Geschlechterkluft ist bei den Über-45jährigen ohne Matura geringer als bei den Unter-45jährigen, aber auch hier

wählen Frauen deutlich weniger freiheitlich (zugunsten vor allem der SPÖ, aber auch des LIF).

Tabelle 9: Prozentanteile der Parteien bei Frauen und Männern *ohne Matura* nach Alter

ohne Matura	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Frauen unter 45	24	43	17	10	6
Männer unter 45	35	25	33	3	4
Frauen ab 45	47	27	20	4	2
Männer ab 45	43	26	28	2	1

Quelle: IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995.

Bei jenen, die noch in Ausbildung stehen, sind die Fallzahlen relativ gering, die Ergebnisse können daher überzeichnet sein. Es zeigt sich ein deutlicher *Bonus* der SPÖ bei Schülerinnen und Studentinnen, aber auch das LIF schneidet überdurchschnittlich gut ab (*Tabelle 10*). Bei den männlichen Schülern und Studenten erreichten ÖVP und FPÖ zusammen um rund 30 % mehr Zuspruch als bei deren weiblichen Kolleginnen.

Tabelle 10: Prozentanteile der Parteien bei Frauen und Männern in Ausbildung

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Schülerinnen/Studentinnen	41	6	14	25	14
Schüler/Studenten	18	26	24	19	13

Quelle: IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995.

Arbeiterinnen wählen deutlich seltener FPÖ als Arbeiter (*Tabelle 11*). Bei jungen männlichen Arbeitern hat die SPÖ gegenüber den Freiheitlichen am meisten Terrain verloren: In diesem Wählersegment steht die FPÖ kurz vor der Erreichung einer *absoluten* Mehrheit.

Tabelle 11: Prozentanteile der Parteien bei Arbeiterinnen und Arbeitern nach Alter

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Arbeiterinnen unter 45	38	21	23	7	11
Arbeiter unter 45	32	16	46	2	5
Arbeiterinnen ab 45	58	14	21	4	3
Arbeiter ab 45	54	15	30	1	0

Quelle: IFES-Telefonumfragen November/Dezember 1995.

4.2. Der Einfluß der Variable Geschlecht in einem multivariaten Modell 1979-1995

Ob nun das Geschlecht tatsächlich einen Einfluß auf die Wahlentscheidung hat, ist durch die bloße Betrachtung von Prozentpunkt-Differenzen *nicht* entscheidbar. Dazu benötigt es multivariate Verfahren, die den Einfluß mehrerer Meßgrößen auf die zu

erklärende Variable - hier die Entscheidung für eine bestimmte Partei - gleichzeitig untersuchen. Grundsätzlich muß das Modell für jede Partei einzeln berechnet werden, wobei die abhängige Variable hier die jeweilige deklarierte Parteipräferenz (gegenüber der Präferenz für eine andere oder keine der Parteien) darstellt, kodiert in 1 (beispielsweise Antwort „SPÖ“ auf die Frage „Welche Partei sagt ihnen im allgemeinen am meisten zu?“) und 0 (Antwort: andere Partei/keine/weiß nicht/keine Angabe).[8]
Die unabhängigen Variablen, sprich die erklärenden Einflußgrößen, sind in unserem Fall neben dem Geschlecht die Merkmale Alter und Bildungsgrad. Um den Einfluß der Zugehörigkeit zu bestimmten sozioökonomischen Gruppen besser als nur durch Bildungsgrad zu erfassen, wurde das Modell zusätzlich für drei Subgruppen (Angestellte/Beamte, Arbeiter und Pensionisten) getrennt berechnet.

Tabelle 12: Der kombinierte Einfluß von Bildung, Alter und Geschlecht auf die Präferenz für SPÖ, ÖVP und FPÖ 1979-1995 (multiple Regression; Zahlen sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

	SPÖ			ÖVP			FPÖ		
	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.
1979	-16	04	00	04	-04	-01	05	01	-02
1982	-18	04	-01	06	01	00	05	02	-02
1986	-17	03	-03	06	03	-01	01	-01	-02
1990	-15	09	-01	03	04	00	-01	-04	-04
1994	-15	13	-01	00	06	-04	-06	-04	-05
1995	-14	07	-05	07	07	-06	-06	-07	-09

Positive Vorzeichen bedeuten: Parteipräferenz für jeweilige Partei steigt mit *höherem* Bildungsgrad, *höherem* Alter und *weiblichem* Geschlecht. *Negative* Vorzeichen bedeuten: Parteipräferenz für jeweilige Partei steigt mit *geringerem* Bildungsgrad, *geringerem* Alter und *männlichem* Geschlecht.

In *Tabelle 12* ist deutlich sichtbar, daß das Geschlecht in Österreich in den 90er Jahren zu einer markanten Einflußgröße „herangereift“ ist, am frühesten für die FPÖ, dann auch für die ÖVP und schließlich für die SPÖ. Bei den drei größten Parteien ist der Einfluß *negativ*, d.h. männliches Geschlecht verstärkt durchgängig die Tendenz, für eine dieser drei Parteien zu votieren.
Bei den Freiheitlichen kommt das nicht überraschend; sie galten seit jeher als die „männlichste“ Partei Österreichs und haben derzeit ja nur rund 42 % Frauen in ihrer Anhängerschaft. Auch die ÖVP ist derzeit mit einer Geschlechterverteilung von 50:50 in ihrer Anhängerschaft männlicher als demographisch zu erwarten. Nicht selbstverständlich ist das *negative* Vorzeichen im Fall der SPÖ. Obwohl sie einen leichten Frauenüberhang in der Anhängerschaft aufweist, bedeutet (und das wird nur durch die Kontrolle für mehrere Variablen sichtbar) weibliches Geschlecht tendenziell eine geringere Wahrscheinlichkeit für eine Präferenz der SPÖ.[9] Bemerkenswert ist,

[8] Der Ansatz verstößt durch die Einbeziehung einer nicht-quantitativen abhängigen Variable „sozusagen gegen ein statistisches Reinheitsgebot“ (vgl. *Falter*/*Schumann* 1990, 117, Anm. 13), doch „führt weder die Nachrechnung der Modelle mit entsprechend transformierten abhängigen Variablen noch die Arbeit mit weniger anspruchsvollen Meßmodellen [...] zu substantiellen Veränderungen der Schätzresultate“ (*ebenda*).

[9] Die SPÖ weist vorwiegend deshalb einen Überhang an Wählerinnen auf, weil sie in erster Linie ältere und weniger gebildete Wahlberechtigte für sich mobilisiert. In diesen beiden Gruppen und vor allem in deren Schnittmenge gibt es eine besonders starke Frauenmehrheit. Innerhalb der meisten

daß der Zusammenhang bei Teilgruppen wie Pensionisten nicht nur bestehenbleibt, sondern sogar stärker wird (*Tabelle 13*). Für die FPÖ-Parteipräferenz spielt das Geschlecht bei Pensionisten eine besonders *dominante* Rolle.

Tabelle 13: Der kombinierte Einfluß von Bildung, Alter und Geschlecht auf die Präferenz für SPÖ, ÖVP und FPÖ von *Pensionisten* 1979-1995 (multiple Regression; Zahlen sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

	SPÖ			ÖVP			FPÖ		
	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.
1979	-14	-06	-05	-01	05	04	06	00	-06
1982	-17	-08	-03	00	03	01	06	05	-04
1986	-17	-06	-06	10	03	-01	04	04	03
1990	-14	01	02	02	04	02	07	-01	-08
1994	-08	02	00	-03	08	-07	08	-05	-01
1995	-14	-04	-04	06	03	-04	01	05	-11

Im Fall der FPÖ spielt bei Arbeitern das Geschlecht eine fast *ebenso* starke Rolle wie das Alter; die Anziehungskraft der FPÖ auf junge männliche Arbeiter wird hier deutlich sichtbar (*Tabelle 14*). Bei den anderen Parteien fällt das Geschlecht deutlich weniger ins Gewicht, im Falle der SPÖ-Parteipräferenz von Arbeitern ist es das Alter, das seit jeher von herausragender Bedeutung ist.

Tabelle 14: Der kombinierte Einfluß von Bildung, Alter und Geschlecht auf die Präferenz für SPÖ, ÖVP und FPÖ von *Arbeitern* 1979-1995 (multiple Regression; Zahlen sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

	SPÖ			ÖVP			FPÖ		
	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.
1979	00	13	01	00	-11	-02	01	-04	00
1982	-05	12	00	00	-07	-02	03	01	-02
1986	-05	12	-01	-01	-07	00	-02	-03	-02
1990	-05	18	00	02	-04	02	02	-08	-04
1994	-01	23	02	-03	05	-05	05	-09	-05
1995	-08	17	-04	01	02	-02	04	-12	-11

Bei Beamten und Angestellten war der Faktor Geschlecht bei der SPÖ bereits 1986 signifikant; mittlerweile ist bei dieser Gruppe das Geschlecht nach der Bildung bei allen Parteien die zweitwichtigste Einflußgröße (*Tabelle 15*).

Tabelle 15: Der kombinierte Einfluß von Bildung, Alter und Geschlecht auf die Präferenz für SPÖ, ÖVP und FPÖ von *Beamten und Angestellten* 1979-1995 (multiple Regression; Zahlen sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

	SPÖ			ÖVP			FPÖ		
	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.

Alters-, Bildungs-, oder Berufsgruppen zeigt sich dann jeweils die höhere Attraktivität der SPÖ für Männer. Trotz Frauenmehrheit ist die SPÖ also immer noch eine „Männerpartei“.

1979	-19	03	-03	12	-09	02	03	03	-03
1982	-19	02	01	11	-01	-02	03	02	-01
1986	-18	03	-07	14	02	00	-01	-01	-02
1990	-17	09	-02	12	02	00	00	-02	-01
1994	-18	11	-05	05	03	-01	-06	-03	-02
1995	-14	06	-07	10	01	-06	-10	-01	-08

Bei den kleinen Oppositionsparteien zeigt sich erneut ein bereits in früheren Untersuchungen (*Plasser*/*Seeber* 1995, 443) konstatierter Befund, nämlich die *relative* Bedeutungslosigkeit des Faktors Geschlecht für die Entscheidung, das Liberale Forum zu wählen (*Tabelle 16*). Bei den Grünen hingegen spielt das Geschlecht eine steigende Rolle. Allerdings sind auch bei den Grünen die Faktoren Bildung und Alter wesentlich wichtiger als das Geschlecht. Beide Parteien sind in erster Linie Parteien der jungen Bildungsschicht und erst dann - wohl auch nur im Fall der Grünen - „Frauenparteien“.

Tabelle 16: Der kombinierte Einfluß von Bildung, Alter und Geschlecht auf die Präferenz für LIF und Grüne 1986-1995 (multiple Regression; Zahlen sind standardisierte Beta-Koeffizienten x 100)

	LIF			Grüne		
	Bildung	Alter	Geschl.	Bildung	Alter	Geschl.
1986				09	-12	-01
1990				14	-11	02
1994	15	-13	05	18	-13	03
1995	14	-10	03	16	-11	07

5. Ausblick

Wird die Kluft zwischen Männern und Frauen breiter werden? Möglicherweise ja - vor allem dann, wenn die Großparteien SPÖ und ÖVP weiterhin so *asymmetrisch* ‘ausfransen’ wie seit Mitte der 80er Jahre. Damals waren es reale oder drohende Einkommens- oder Arbeitsplatzverluste vor dem Hintergrund der Krise der Verstaatlichten Industrie, die vor allem die männliche Arbeiterschaft zu spüren bekam und sie für den neuen rechtspopulistischen Protestkurs der FPÖ empfänglich machte. Eine der Gruppen, die *heute* mit Statusverlusten kämpft, sind junge, gebildete Frauen - eine stark wachsende Gruppe, deren Berufschancen vor allem im öffentlichen Dienst liegen. Der dortige Einstellungsstopp trifft Frauen wahrscheinlich härter als Männer. Von der Unzufriedenheit vieler Frauen, deren Unversitätsstudium an Wert zu verlieren scheint, können die urbanen Protestparteien LIF und Grüne in Zukunft möglicherweise weiter profitieren. Die Diskrepanz zwischen Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsmarktchancen dürfte sich in der nächsten Legislaturperiode eher verschärfen. Die Regierungsparteien haben sich zwar bei den Wahlen 1995 etwas stabilisiert, auf längere Sicht dürfte der *Spagat* zwischen männlichen und weiblichen Modernisierungs- bzw. Konjunktur???verlierern ein artistischer Seilakt werden.

Literaturverweise

Birk, Franz/*Hofinger*, Christoph/*Ogris*, Günther: Die kleine Korrektur - Analyse der Nationalratswahl 1995, in: Zukunft 3/1996, S. 10-13

Blecha, Karl: Der 5. Oktober 1975, in: *Khol*, Andreas/*Ofner*, Günther/*Stirnemann*, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1971/75, Wien und München 1976, S. 417-431

Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988

Chapman, Jenny: Marital Status, Sex and the Formation of Political Attitudes in Adult Life, in: Political Studies 4/1985, S. 592-609

De Graaf, Nan Dirk/*Heath*, Antony: Husbands' and Wives' Voting Behaviour in Britain: Class Dependent Mutual Influence on Spouses, in: Acta Sociologica 1/1992, S. 311-322

Falter, Jürgen W./*Schumann*, Siegfried: Vive la (très) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundesagswahl 1987, in: *Kaase*, Max/*Klingemann*, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 109-142

Fiorina, Morris P.: Retrospective Voting in National American Elections, New Haven 1981

Harrop, Martin/*Miller*, William L.: Elections and Voters. A Comparative Introduction, Houndmills/London 1987

Hofinger, Christoph: Entwurf eines Mastergleichungsmodells zur Beschreibung der Dynamiken bei den österreichischen Nationalratswahlen 1970 bis 1990, Forschungsbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien 1994

Hofinger, Christoph: Am Beispiel Politik: Daten-Akquisition für ein Mastergleichungsmodell, in: WISDOM 3/4/1994a, S. 110-127

Hofinger, Christoph/*Ogris*, Günther: Denn erstens kommt es anders...Die Gründe für das Überraschungsergebnis der Nationalratswahlen vom 17.12.1995, in: *Khol*, Andreas/*Ofner*, Günther/*Stirnemann*, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995, Wien und München 1996, S. 101-118

Hofmann-Göttig, Joachim: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986

Kaiser, Wolfram, et al.: Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen, Forschungsbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien 1995

Liepelt, Klaus/*Riemenschnitter*, Hela: Wider die These vom besonderen Wahlverhalten der Frau, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1973, S. 567-605

Ogris, Günther: Ebenbild oder Kontrastprogramm - Eine Analyse des Wahlkampfs und des Wahlverhaltens bei der Nationalratswahl 1990, in: *Khol*, Andreas/*Ofner*, Günther/*Stirnemann*, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien und München 1991, S. 150-171

Plasser, Fritz/*Seeber*, Gilg: In Search for a Model. Multivariate Analysen der Exit Polls 1986-1994, in: *Müller*, Wolfgang C./*Plasser*, Fritz/*Ulram*, Peter A. (Hg.): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994 (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung; 8), Wien 1995, S. 435-454

Plasser, Fritz/*Sommer*, Franz/*Ulram*, Peter A.: Landtagswahl Niederösterreich 1993: Wählerprofile, Entscheidungsmotive, Trendmuster, in: *Khol*, Andreas/*Ofner*,

Günther/*Stirnemann*, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, Wien und München 1994, S. 181-224

Plasser, Fritz/*Ulram*, Peter A: Meinungstrends, Mobilisierungen und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt, in: *Pelinka*, Anton (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung; 6), Wien 1994, S. 87-120

Plasser, Fritz/*Ulram*, Peter A.: Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten, in: *Müller*, Wolfgang C./*Plasser*, Fritz/*Ulram*, Peter A. (Hg.): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994 (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung; 8), Wien 1995, S. 341-406

*Plasse*r, Fritz/*Ulram*, Peter A.: Entscheidung für Europa. Analyse der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs 1994, in: *Khol*, Andreas/*Ofner*, Günther/*Stirnemann*, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994, Wien und München 1995a, S. 325-354

Stiefbold, Rodney et al. (Hg.): Wahlen und Parteien in Österreich, 3 Bde., Wien 1966

Welch, Susan/*Hibbing*, John: Financial Conditions, Gender, and Voting in National American Elections, in: The Journal of Politics 1/1992, S. 197-213

Welch, Susan/*Sigelman*, Lee: A Gender Gap Among Hispanics? A Comparison with Blacks and Anglos, in: Western Political Quarterly 2/1992, S. 181-199